

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen und der städtischen Deputation
für Gesundheit
am
23.08.2011**

Haushaltsangelegenheiten der Abteilung Gesundheit / Produktplan 51

A. Problem

**1. Produktbereichscontrollingbericht Januar bis Juni 2011 für den Produktplan 51 –
Gesundheit –. Hier: nachrichtlich 41.07 – Hilfen für Sucht-, Drogen-, psych. Kranke**

Den Fachdeputationen sind die für ihren Zuständigkeitsbereich dem Senat und den Haushalts- und Finanzausschüssen zugeleiteten Controllingberichte des Ressorts vorzulegen.

2. Auflösung der globalen Minderausgabe

Mit Änderung des Bremischen Glücksspielgesetzes zum 01. 01. 2008 werden die Zweckabgaben des Wettmittelaufkommens ab dem Haushaltsjahr 2010 nicht mehr dezentral bei den Ressorts, sondern zentral bei der Senatorin für Finanzen vereinnahmt (Senatsbeschluss vom 21.04.2009). Die sich aus der Umstellung ergebenden Mindereinnahmen im PPL 51 (rückläufige Entwicklung des Wettmittelaufkommens) wurden im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2010/2011 ausnahmsweise durch Veranschlagung einer globalen Minderausgabe ausgeglichen. Im Vollzug des Haushaltes ist die Auflösung der globalen Minderausgabe in Höhe von 154 Tsd. € vorzunehmen.

3. Bereinigung des Personalbudgets des LMTVet

Für die Beschäftigten in den Grenzkontrollstellen, die Ein-, Durch- und Ausführuntersuchungen durchführen, sollte im Laufe des Jahres 2009 eine Eingruppierung nach dem TV-L vereinbart werden. Hintergrund war eine geplante Änderung des damals gültigen Tarifvertrages für nicht Vollbeschäftigte, wonach ein Teil der Beschäftigten in den Grenzkontrollstellen tarifrechtlich gebunden war. Die Beschäftigten können nach diesem Tarifvertrag nach Arbeitsaufkommen von der Grenzkontrollstelle angefordert werden oder nicht (keine Vollbeschäftigung). Haushalterisch sind diese Beschäftigten aufgrund ihrer tariflichen Zugehörigkeit in den ‚Nebentiteln‘ des Haushalts geführt worden. Durch die beabsichtigte Änderung des Tarifvertrages (keine Gültigkeit mehr für die Beschäftigten der Schlachthöfe und der Grenzkontrollstellen) wären diese Beschäftigten nicht mehr tarifrechtlich abgesichert gewesen.

Da eine Weiterbeschäftigung dieser Beschäftigten notwendig war, bestand die Überlegung diesem Personenkreis einen Arbeitsvertrag nach dem TV-L anzubieten. Die Mittel für Beschäftigte des TV-L werden im Kernhaushalt Personal geführt. Bei der Aufstellung der Haushalte 2010/11 sind deshalb im Vorgriff jährlich € 238.310 bzw. 6,5 Beschäftigungsvolumina aus der Haushaltsstelle 0515/427 10-4 (Nebentitel) in die Haushaltsstelle 0515/428 01-1 (Kernhaushalt) verlagert worden.

Tatsächlich kam es nie zu der Tarifeinigung in der erwarteten Form. Der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Länder (TV- Fleischuntersuchung- Länder) hat den Geltungsbereich in § 1 Abs. 1 auf die Grenzkontrollstellen ausgeweitet, so dass die Beschäftigten wie bisher aus dem Nebentitel zu bezahlen sind. Damit erfolgt eine Bereinigung des Kernhaushalt Personal.

B. Lösung

Zu 1.

Der vom Ressort Bildung, Wissenschaft und Gesundheit für den Zeitraum Januar bis Juni 2011 erstellte Produktbereichscontrollingbericht wird hiermit vorgelegt.

Der Produktplan 51 weist eine negative Planwertabweichung in Höhe von ca. 1.036 Tausend Euro aus, die auf die Mehrausgaben beim Personal zurückzuführen ist. Hinsichtlich dieser nicht ausfinanzierten Personalkosten besteht noch ein Klärungsbedarf, der in Gesprächen mit Finanzen sowie den Ressorts ‚Soziales, Kinder, Jugend und Frauen‘ und ‚Wirtschaft, Arbeit und Häfen‘ herbeigeführt werden soll.

Da die Beschlüsse des Senats und die Stellungnahme der Senatorin für Finanzen zum

Produktbereichscontrollingbericht Januar bis Juni 2011 erst nach der Sitzung der Deputation vorliegen werden, wird der Deputation im Rahmen der weiteren Produktbereichscontrollingberichterstattung darüber berichtet.

Zu 2.

Die globalen Minderausgaben können durch Entnahme aus der eigens zu diesem Zweck eingerichteten Sonderrücklage aus der Auflösung der Regionalisierungsrückstellung bei der Bremer Toto und Lotto GmbH ausgeglichen werden (Senatsbeschluss vom 21.04.2009).

Zu 3.

Jährlich 238.310 € bzw. 6,5 Beschäftigungsvolumina werden aus der Haushaltsstelle 0515/428 01-1 (Kernhaushalt) zurück in die Haushaltsstelle 0515/427 10-4 (Nebentitel) verlagert. Damit wird sichergestellt, dass die Einnahmen und Ausgaben künftig wieder der Realität entsprechend zum Kernbereich und zu den Nebentiteln zugeordnet werden und so der Forderung nach Wahrheit und Klarheit des Haushalts Genüge getan wird. Es handelt sich hierbei nicht um eine inhaltliche Veränderung, sondern lediglich um die Bereinigung einer durch eine Fehleinschätzung entstandenen Zuordnung.

C. Finanzielle u. personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Eine genderbezogene Prüfung der Vorlage hat ergeben, dass durch diese Berichterstattung keine diesbezüglichen Problemstellungen betroffen sind.

D. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit nimmt den Produktbereichscontrollingbericht Januar bis Juni 2010 zur Kenntnis.
2. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit stimmt der Rücklagenentnahme zur Auflösung der globalen Minderausgabe in Höhe von 154 Tsd. € zu.
3. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit stimmt der Rückverlagerung von jährlich 238.310 € bzw. 6,5 Beschäftigungsvolumina aus der Haushaltsstelle 0515/427 10-4 (Nebentitel) in die Haushaltsstelle 0515/428 01-1 (Kernhaushalt) zu.

Anlage:

Produktgruppencontrollingbericht Januar bis Juni 2011 für den Produktplan 51 und nachrichtlich 41.07.